

Rede von WSA-Stadtrat Peter Grab zur geplanten Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuern am 17.03.2016 im Augsburger Stadtrat

Seite 1 von 2

(Dank an die Finanzverwaltung für die Erstellung des Haushaltsplans, Begrüßung des Oberbürgermeisters sowie der Stadtratskolleginnen und -kollegen ...)

Mit der Überschrift „Die Steuern steigen, aber nicht so massiv“ in einem Artikel vom 04.02.2016 meint es die Augsburger Allgemeine offensichtlich gut mit Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÜGroKo, liebe Stadtregierung. Ich sehe es anders, denn die Formulierung "nicht so massiv" verschafft meines Erachtens einen falschen Eindruck. Sehr wohl nämlich werden, falls Sie sich heute dem Votum des Finanzausschusses anschließen, die Steuern massiv erhöht.

Der Haushaltsentwurf sah bei der Gewerbesteuer eine Erhöhung von 435 auf 475 Prozentpunkte vor. Wie schon vor den Finanzberatungen öffentlich angekündigt, wurden es in diesen lediglich 5 Punkte weniger, also von 435 auf 470. Hier von "nicht so massiv" zu sprechen, wirkt daher unnötig beschönigend. Immerhin sind damit immer noch laut der heutigen Beschlussvorlage knapp 12 Millionen Euro an zusätzlichen Einnahmen geplant.

Das ist Gift für die weitere Entwicklung unseres Wirtschaftsstandortes! Bisher war dies auch die mehrheitliche Einsicht des Augsburger Stadtrats. Der aufgezeigten Grafik ([Anlage 1](#)) können Sie entnehmen, dass selbst im schlimmsten Haushaltsjahr kurz nach der weltweiten Finanzkrise, als die Gewerbesteuereinnahmen in Augsburg gegenüber dem Vorjahr um über 50 Millionen Euro drastisch eingebrochen sind, selbst da war man sich einig, dass eine Gewerbesteuererhöhung der falsche Weg ist. Diskutiert wurde diese Entscheidung sehr wohl, doch man entschied sich lieber für den Weg des Sparens, auch im Verwaltungshaushalt, um keine zusätzliche Belastung durch Steuererhöhungen aufzubürden. Genau diese überparteiliche Diskussion vermisste ich bei den diesjährigen Haushaltsberatungen. Es wurde nicht echt diskutiert, ich konnte mich des Eindrucks nicht erwehren, es wurde der Haushalt eher diktiert.

Bei der Entscheidung der Vorjahre gegen die Erhöhung der Gewerbesteuer spielten dabei auch die deutlich niedrigeren Hebesätze der Umlandgemeinden eine Rolle. Diese Argumente gelten aber heute ebenso wie in den Vorjahren! Die zweite Grafik ([Anlage 2](#)) veranschaulicht sehr deutlich das Problem. Es sind schon viel zu viele Unternehmen von Augsburg ins Umland gewandert!

Auch bei den Grundsteuern soll also heute eine deutliche Erhöhung beschlossen werden. Der Entwurf sah bei der Grundsteuer B eine Erhöhung um 80 Prozentpunkte auf 565 vor, die ÜGroKo einigte sich vor der Finanzausschuss-Sitzung auf eine Steigerung von 485 auf 555 Prozentpunkte - auch hier mit 70 Punkten eine eindeutig massive Steigerung, mit der zusätzliche knapp 7 Millionen Euro eingenommen werden sollen.

Insgesamt sollen die Steuerzahler somit 18,7 Millionen Euro zusätzlich in die Stadtkasse einzahlen – wohlgemerkt zusätzlich zu ohnehin schon laut Ansatz zu zahlenden über 147 Millionen Euro (Gewerbesteuern) und knapp 48 Millionen Euro (Grundsteuern A/B)!

Rede von WSA-Stadtrat Peter Grab zur geplanten Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuern am 17.03.2016 im Augsburger Stadtrat

Seite 2 von 2

Dies ist umso bedenklicher, da Augsburg bei der Steuerkraft 2015 je Einwohner mit 741 Euro zwischen Hof und Kaufbeuren lediglich den Platz 24 der kreisfreien bayerischen Gemeinden belegte. Übrigens ist Augsburg gegen dem Vorjahr 2014 um vier Plätze auf den vorletzten Platz zurückgefallen, wie Sie dies der weiteren Grafik (Anlage 3) eindrucksvoll entnehmen können. Bürger mit schwacher Steuerkraft mit zusätzlichen Steuern zu belasten kann nicht der richtige Weg sein.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, als zum Wohle der Stadt Augsburg verpflichteter Abgeordneter kann ich unter diesen Umständen den Steuererhöhungen keinesfalls zustimmen und appelliere an Sie, diese massiven Erhöhungen ebenso abzulehnen und stattdessen – wie in der letzten Legislaturperiode des Öfteren geschehen – lieber den schwierigeren Weg des Sparens zu gehen, insbesondere im Verwaltungshaushalt. Denn bei einem 1-Milliarde-Haushalt muss es alternativ möglich sein, 1,8 bis 1,9 % einzusparen – oder wenigstens einen Großteil davon. Es ist zu einfach und wird den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unserer Stadt nicht gerecht, wenn Versäumnisse der letzten beiden Jahre, auf die ich noch eingehen werde, mit Steuererhöhungen ausgeglichen werden sollen.